

Kontroverse um Anti-Terror-Gesetz

Auf eine breite Ablehnungsfront stößt die Ramos-Regierung mit ihren Plänen, ein Anti-Terror-Gesetz mit weitreichenden Vollmachten für die Polizei zu verabschieden. Das Gesetz soll der Polizei ermöglichen, Telefongespräche abzuhören und Einblick in Bankkonten zu nehmen. Die weitreichendste Bestimmung des Entwurfs, nämlich Verhaftungen ohne Haftbefehl und das Festhalten von Verdächtigen für 30 Stunden, ist inzwischen von der Regierung fallengelassen worden. Auf politische Protestaktionen soll das Gesetz nicht angewendet werden. Autor des Entwurfs ist Senator Juan Ponce Enrile. Kritiker des geplanten Anti-

Terrorismus-Gesetzes fürchten eine Rückkehr des Kriegsrechts und einen Mißbrauch der zusätzlichen Polizeibefugnisse. Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen, aber auch Jaime Kardinal Sin und Vertreter der Unternehmer haben gegen den Entwurf protestiert. Auch die Allianz der Ramos-Partei LAKAS mit der LDP, die in beiden Parlamentskammern stärkste Partei ist, ist durch die Gesetzesinitiative bedroht. Vertreter der philippinischen Wirtschaft äußerten Erleichterung über die Entschärfung des Entwurfs, der Investoren einen negativen Eindruck über die Philippinen als sicheren und stabilen Standort vermittelt habe.

vgl. Reuter, 1.2., 30.1.25.1.16.1.96



Demonstranten gegen das Antiterrorgesetz

aus: AW v. 9.2.96, S.28

Räumungen in Slums

Das muslimische Viertel von Quiapo soll geräumt und zerstört werden, der dafür vorgesehene Termin wurde bereits mehrfach verschoben. Rund 3000 Familien würden durch die Zerstörung des Hüttenviertels obdachlos, nur für einen Teil von ihnen gibt es Umsiedlungsquartiere außerhalb Manilas. In einer gespannten Atmosphäre wiesen die Honoratioren der muslimischen Bewohner Manilas das Image zurück, die Moslemviertel seien Hochburgen für Kriminelle, Drogendealer und Terroristen.

In "Smokey Mountain" gab es auch bei einem wiederholten Räumungsversuch Ende Januar heftige Gegenwehr der Bewohner. Auch in Digos, Davao del Sur protestieren Slumbewohner gegen die geplante Räumung ihrer Ansiedlung, die damit begründet wird, entlang des Highways müsse das Areal frei sein.

vgl. PDI 6.1.96, MMNS 15.1.96

Geberländer: Mehr Hilfe für die Armen!

Internationale Geberländer haben bei einer Konferenz in Tokio knapp drei Milliarden US-Dollar Hilfe für die Philippinen zugesagt, forderten aber mehr Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Die Summe sei sogar etwas höher als erwartet, so ein Vertreter der Weltbank, und sei ein Zeichen der Zustimmung für den wirtschaftspolitischen Kurs der Ramos-Administration. Das Bruttosozialprodukt betrug im vorletzten Quartal von 1995 6,8 Prozent und war damit das höchste der letzten zehn Jahre. Die philippinische Regierung erwartet einen Anstieg der Wachstumsrate auf zehn Prozent 1998. Der Wachstumspfad sei selbst bereits eine Maßnahme, die für einen Rückgang der Armut sorgen werde, sagte der philippinische Finanzminister de Ocampo.

vgl. Reuter, 8.12.95

475 Mio. \$ Marcos-Vermögen blockiert

Ohne Einigung beendet worden sind Mitte Januar in Hongkong Verhandlungen über eine außergerichtliche Verteilung des in der Schweiz blockierten Vermögens des früheren Diktators Marcos. Vertreter der Philippinen und der Marcos-Familie sowie Anwälte von Opfern des Marcos-Regimes und Vertreter von zwei Schweizer Banken hatten unter Vorsitz eines ehemaligen US-Diplomaten über die Verteilung der 475 Millionen US-Dollar verhandelt, die beim Schweizerischen Bankverein (SBV) und der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) blockiert sind. Die Banken lehnten einen Kom-

mentar zu Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen ab.

Der amerikanische Anwalt der Marcos-Opfer hält die Banken für nicht kooperationsbereit und kündigte an, den Fall in Kalifornien wieder vor Gericht zu bringen. Bereits 1994 sprach ein Gericht auf Hawaii einer Gruppe von rund 10.000 Menschenrechtsoffern des Marcos-Regimes eine Entschädigung über insgesamt 1,9 Milliarden Dollar zu. Die Banken befürchten, das Geld unter Umständen zweimal - in den USA und später noch einmal auf den Philippinen - auszahlen zu müssen.

vgl. Reuter, 19.1.96

Gespräch mit NDF soll fortgesetzt werden

Die philippinische Regierung und die NDF haben sich darauf verständigt, ihre Gespräche im Februar wiederaufzunehmen, um den 26 Jahre dauernden Bürgerkrieg zu beenden. Die NDF hatte den Verhandlungstisch im Juni letzten Jahres verlassen, als die Regierung sich weigerte, Sotero Llamas, einen ihrer Anführer freizulassen. Llamas, der Mitglied der Verhandlungsdelegation war, war kurz vor den Gesprächen in Brüssel verhaftet worden. Ein Mitglied der Regierungsdelegation sagte inzwischen, die NDF mache ihre Forderung nach

Freilassung von Llamas nicht mehr zur Vorbedingung für neue Gespräche.

Der nationale Sicherheitsberater, Ex-General Jose Almonte, schätzt die Stärke der Guerilla, die der CPP (Communist Party of the Philippines) untersteht, auf zwischen 3500 und 5000 Kämpfer. Ihre Zahl habe im letzten Jahr um ein Drittel abgenommen. Die "revisionistische" Fraktion, die sich von der CPP getrennt hat, habe 1677 Kämpfer, davon rund 100 in der Alex Boncayao Brigade in Manila, so Almonte.

vgl. Reuter, 16.1.96

Furcht vor muslimischen Terroristen

Die Radikale muslimische Abu Sayyaf-Gruppe setzt die Sicherheitskräfte in Manila in den Alarmzustand, nachdem ein Sprecher in einem Interview gedroht hatte, man könne jederzeit Bombenattentate und Morde auch in Manila verüben.

In Cotabato auf Mindanao haben rund 4000 Menschen die Flucht ergriffen vor Militäroperationen gegen einen Unterschlupf der Abu Sayyaf in der Gegend. Die Kampfgruppe hatte im Dezember 18 Touristen entführt und gegen Lösegeld freigelassen.

Die Polizei in Manila hat unterdessen auch 35 Muslime aus dem Ausland unter Terrorismusverdacht verhaftet. Zu Last gelegt werden den Verdächtigten Attentatspläne auf Ramos und einige seiner Generäle, auf ausländische Botschafter in Manila bezie-

ungsweise auf Teilnehmer am Gipfeltreffen der APEC (Asian Pacific Economic Cooperation), das im November dieses Jahres in Manila stattfinden wird.

Die Regierung in Manila befürchtet, muslimische Extremisten wollten die Philippinen zur Operationsbasis ausbauen. Fünf der Verhafteten sollen Verbindung haben zu einem Hauptverdächtigen im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993.

Ein früheres Mitglied der "Abu Sayyaf", der jetzt als Informant der Polizei tätig ist, äußerte den Verdacht, daß zumindest ein Teil der verhafteten ausländischen Muslime aufgrund von gefälschten Beweisen überführt worden sei.

vgl. Reuter, 16.12., 19.12., 10.1., 12.1.96

Militärabkommen mit Großbritannien

Großbritannien und die Philippinen werden 1997 gemeinsame Manöver vor der philippinischen Südküste abhalten. Dies ist Teil eines Anfang Januar unterzeichneten Militärabkommens. London betrachte die Philippinen als "stabile Demokratie, die uns gegenüber schon ihre Freundschaft unter Beweis gestellt hat", hieß es. Die Manöver in der Sulu-See sollen zu einem noch genau festzulegenden Zeitpunkt 1997 gehalten werden, dem Jahr, in dem die britische Kronkolonie Hongkong an China zurückgegeben wird.

vgl. AFP 3.1.96

Städte: Anteil Armer steigt weiter an

Auf 49 Millionen Menschen wird die Zahl des als "urban poor" klassifizierten Bevölkerungsanteils bis 1997 steigen, das ergab eine Studie des privaten "Urban Poor Institute of Community Building (Ubicop)". Zur Zeit wird die Zahl der städtischen Armen mit 31 Mio. angegeben. Damit wird dieser Anteil der Bevölkerung um 57 Prozent steigen, während die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum um etwa 12 Prozent zunehmen wird. Als Ursache dieser Entwicklung sieht der Direktor des Forschungsinstituts die fortgesetzte Wirtschaftskrise. Allein in Metro Manila werde die Zahl der "urban poor" bis 1997 doppelt so hoch sein wie 1990.

vgl. Manila Times, 8.1.96

Polizei: größter Menschenrechtsverletzer

Die Nationalpolizei in Negros Occidental beging die größte Anzahl von Menschenrechtsverletzungen seit 1993, das ergibt ein Bericht zum Jahresende der Commission on Human Rights (CHR). 28 der im vergangenen Jahr von der CHR in Negros Occidental registrierten Fälle wurden der Polizei angelastet. Die CHR-Berichte zeigen auch, daß die Zahl der Menschenrechtsverletzungen gegenüber 1994 von 73 auf 78 leicht angestiegen ist. Zivilpersonen nehmen den zweiten Platz ein mit 11 Fällen, die Armee beging 9, die NPA und CAFGUs je 8, Civilian Volunteers Organizations 5.

vgl. Today, 10.1.96

Seegefecht vor Subic Bay

Vor Luzon ist es Ende Januar zu einem eineinhalbstündigen Seegefecht zwischen einem philippinischen und einem angeblich chinesisches Kriegsschiff gekommen. Nach Angaben der philippinischen Streitkräfte ereignete sich der Vorfall an der Einfahrt zur Bucht von Subic. Zu dem Gefecht sei es gekommen, als das chinesische Kriegsschiff einen Warnschuß ignoriert habe. Statt umzukehren, habe es direkten Kurs auf das philippinische Schiff genommen.

Ein zweites chinesisches Kriegsschiff habe sich in angemessener Entfernung gehalten. Die beiden Schiffe seien nach einer Verfolgungsfahrt entkommen, da dem philippinischen Schiff der Treibstoff ausgegangen sei. Peking erklärte wiederholt, China habe mit dem Vorfall nichts zu tun. Inzwischen schließt Manila nicht aus, daß es sich um Piraten oder Schmuggler unter chinesischer Flagge gehandelt hat.

vgl. Reuter, 26.1.96

Mißachtung von Arbeiterrechten

Die Gewalt gegen streikende Arbeiter hat laut des Center for Trade Union and Human Rights letztes Jahr weiterhin zugenommen. Mindestens sechs Arbeiterführer wurden letztes Jahr mitten in einem Arbeiterstreit getötet. Ein Arbeiter wurde unter gleichen Umständen 1993 getötet, vier im Jahr 1992. Das letzte Jahr war auch das Jahr, in dem die größte Anzahl von Verstößen

gegen Arbeiterrechte registriert wurde, meldet CTUHR. Aber es war die Anzahl der Arbeiter, deren Rechte vermutlich mißachtet wurden, die stark anstieg. Das Arbeitsministerium meldet einen kontinuierlichen Rückgang von Streiks in den letzten sieben Jahren. So verzeichnet es 1995 94 Streiks, im Vorjahr 93, im Jahre 1988 vergleichsweise 130.

vgl. MT 2.1., 8.1.96

Umweltschutz am Arbeitsplatz

Bei einem Pilotprojekt der ILO sollen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch "grüne Klauseln" in den Tarifverträgen auf den Schutz der Umwelt verpflichten. Bei einem ersten Projekt testet der Getränke- und Nahrungsmittel-Gigant *San Miguel* die "grünen Klauseln". Darin geht es beispielsweise um die Emissionsmessung, den effizienten Ressourcengebrauch und um Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Arbeitssicherheit. Mit diesem Schritt folgen die Philippinen dem Beispiel anderer asiatischer Staaten wie

Hongkong und Singapur, in denen ähnliche Bestimmungen bereits gang und gäbe sind.

In Untersuchungen befand die ILO-Manila, daß sich bereits einige Unternehmen in dieser Hinsicht engagieren. Beispielsweise haben philippinische Tochterunternehmen von *Honda* die Auto-Produktion umgestellt auf einen Kunststoff, der besser wiederverwertet werden kann. Niederlassungen von *Levi Strauss* bestehen auf Kontrollsystemen für Luft- und Wasserverschmutzung.

vgl. ADN 18.12.95

Urlauber der Kindesmißhandlung beschuldigt

Unter dem Vorwurf der Kindesmißhandlung ist ein Italiener auf den Philippinen in Haft genommen worden; drei weitere Touristen - ein Deutscher, ein Niederländer und ein Amerikaner - wurden gegen Kautions zunächst auf freien Fuß gesetzt. Alle vier werden nach Angaben der Behörden verdächtigt, Sex mit Minderjährigen gehabt zu haben. Der Italiener sei mit einem 13jährigen Jungen im Bett angetroffen worden, hieß

es. Die drei anderen Männer sollen sich mit Kinderprostituierten zwischen neun und 15 Jahren eingelassen haben, was sie der Staatsanwaltschaft zufolge bestritten.

In Malay, Provinz Aklan, ist ein weiterer Deutscher in Haft. Er und ein Niederländer werden beschuldigt, mit zwei neun und 14 Jahre alten Mädchen sexuelle Handlungen vorgenommen und sie per Video aufgezeichnet zu haben.

vgl. AP 26.1.96

Filipinas wieder in Singapur

Acht Monate nach dem Tod einer philippinischen Hausangestellten durch Erhängen haben die Philippinen und Singapur ihre diplomatischen Beziehungen wieder normalisiert. Nach Angaben von Außenminister Domingo Siazon, wolle die philippinische Regierung demnächst auch das Verbot aufheben, als Filipina in Singapur einen Job als Hausmädchen anzunehmen. Diese Maßnahme sei ohnehin nicht sehr wirksam gewesen, weil viele Arbeitssuchende trotzdem illegal nach Singapur gegangen seien.

vgl. Reuter, 16.1.96

Cholerafälle

Einem Cholera-Ausbruch in einem Dorf im Süden der Philippinen sind 35 Kinder zum Opfer gefallen. Die Cholera hatte sich in dem zur Stadt Katipunan gehörenden Dorf seit Mitte Januar ausgebreitet. Präsident Ramos erklärte unterdessen die Stadt San Jose südlich von Manila zum Notstandsgebiet, nachdem dort ebenfalls seit Mitte Januar 4.000 Menschen an Typhus erkrankt waren. In beiden Fällen wurden die Epidemien auf schlechte hygienische Verhältnisse und Wasserverschmutzungen zurückgeführt.

vgl. AP, 29.1.96

- Anzeige -

philippinen forum



Die Philippinen-Zeitschrift

Nachrichten, Berichte, Hintergründe zu Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und den europäisch-philippinischen Beziehungen.

Schwerpunktt Themen

März 94 Industrielle Entwicklung
Juni 94 Nicht-Regierungsorganisationen
Sept. 94 Verschuldung
Dez. 94 Familie
Juli 95 Islam
Sept. 95 Philippinische Kultur
Dez. 95 Vor 50 Jahren

Erscheint ab 1996 dreimal im Jahr
Einzelheft DM 8,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-
(incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-
Einzelheft vor 1995 DM 6,- (plus Porto)

philippinenbüro

Bullmannau 11, 45327 Essen
Tel.: 0201-8303828 Fax 0201-8303830